metallzeitung

Mitgliederzeitung der IG Metall | Jahrgang 71 | November 2019 | D 4713

metallzeitung.de

24. ORDENTLICHER GEWERKSCHAFTSTAG

DIE ZUKUNFT KANN KOMMEN – WIR SIND BEREIT

30 JAHRE MAUERFALL Der Osten kommt. So schaffen wir endlich gleichwertige Lebensverhältnisse. → Seite 16

E-MOBILITÄT Der erste Elektro-VW läuft jetzt in Zwickau vom Band. Was das für die Belegschaft bedeutet. → Seite 20

BEZIRK

INHALTSVERZEICHNIS

4 Wiedervereinigung Vor 30 Jahren fiel die Mauer – für die metallzeitung damals ein zentrales Thema.

6 IG Metall im Betrieb Die Vertrauensleutewahlen stehen an. Jetzt ist die Zeit, zu kandidieren.

7 Brasilien Gewerkschafter Vasconcelos da Silva über die schwierige Lage für Beschäftigte unter Bolsonaro.

Gut gerüstet für stürmische Zeiten: die IG Metall nach dem Gewerkschaftstag

Fast 500 Metallerinnen und Metaller – Delegierte aus ganz Deutschland – haben in Nürnberg sieben Tage lang beraten, diskutiert, über rund 800 Anträge abgestimmt und die Führungsspitze für die nächsten vier Jahre im Amt bestätigt. So haben Metallerinnen und Metaller beim 24. Ordentlichen Gewerkschaftstag die Weichen gestellt für den Kurs der IG Metall in stürmischen Zeiten.

TITEL 8

Titelfoto: Thomas Range

16 30 Jahre deutsche Einheit Wie wir endlich gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen.

18 Kinderbetreuung Eine Metallerin erzählt von der mühsamen Suche nach einem Kitaplatz.

19 Leiharbeit Die Tarifverhandlungen gehen in die nächste Runde.

20 Elektromobilität Im VW-Werk Zwickau ist die Fertigung des ID.3 angelaufen – ein Ortstermin.

22 Recht so Tjark Menssen erläutert das Urteil des Bundessozialgerichts zu Sperrzeiten beim Arbeitslosengeld.

23 Alles, was Recht ist Ein unbelegtes Brötchen und ein Heißgetränk sind kein Frühstück, sagt das Gericht.

24 Ratgeber Alles Wichtige rund um Hochschulzugang und Studium für Menschen ohne Abitur.

26 Berufsporträt Raumausstatter: solides Handwerk mit kreativem Anspruch.

27 Interview Wie läuft die Integration von Geflüchteten in den Betrieben? Petra Wlecklik weiß mehr.

28 Aus den Bezirken

30 Lokales/Karikatur

31 Rätsel/Impressum

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18. Oktober 2019

Foto: Thomas Range

Foto: Volkswagen AG

Kinderbetreuung Nach der Elternzeit ist guter Rat teuer. Wer passt auf unser Kind auf? Die IG Metall unterstützt Eltern, einen Betreuungsplatz zu finden. → Seite 18

E-Mobilität In Zwickau geht das erste rein elektrische Modell des Volkswagenkonzerns, der ID.3, in Serie. Die metallzeitung hat sich vor Ort umgeschaut. → Seite 20

WERBEAKTION

Mach mit beim Endspurt

50 000 Metallerinnen und Metaller – eine Botschaft: FairWandel nur mit uns!

Unsere Kundgebung am 29. Juni 2019 war ein Erlebnis. Gemeinsam haben wir Berlin gerockt – und gemeinsam machen wir weiter. Wir wollen den anstehenden Wandel gemeinsam gestalten: für eine Zukunft, in der niemand unter die Räder kommt, in der sich nicht Profitgier und Ausgrenzung durchsetzen, sondern Solidarität und Gerechtigkeit.

Auf geht's! Alle, die zwischen dem 1. und 30. November 2019 ein neues Mitglied für die IG Metall gewinnen, erhalten zusätzlich zur Wertschätzungsprämie eine FairWandel-Tasche.

Foto: Michael Schinke

Illustrationen: Stephanie Brittnacher

Foto: Valeriy_G/IStck

Studium Nach der betrieblichen Ausbildung an die Uni? Wir geben Tipps, wie der Einstieg ins Studium ohne Abitur gelingt und wo es Unterstützung gibt. → Seite 24

Berufsporträt Vielseitig und abwechslungsreich: Der Beruf des Raumausstatters ist etwas für kreative Allrounder mit Sinn fürs Praktische. → Seite 26

Foto: Thomas Range

Das Tolle daran: Die Taschen wurden aus den Bannern, Fahnen und Spanntransparenten der Kundgebung genäht. Dieses Verfahren nennt sich Upcycling. Die Tasche gibt es in verschiedenen Ausführungen. Das Modell wird Dir beim Einlösen des Aktionscodes per Zufallsgenerator zugeordnet. Jedes neu geworbene Mitglied kann an einem Quiz teilnehmen und gewinnt mit ein wenig Glück ein IG Metall-Begrüßungsgeschenk. Niemand geht leer aus. Als Trostpreis verschicken wir das beliebte IG Metall-Pixi-Buch »Carla, Fabio und Mama streiken«.

So geht der Endspurt

- Zwischen dem 1. und 30. November 2019 ein neues Mitglied gewinnen
- Auf die Beitrittserklärung des Neumitglieds Deinen Namen und Deine Mitgliedsnummer eintragen, damit Du am Endspurt teilnehmen kannst
- Aktionscode auf ▶ **igm-endspurt.de** einlösen und eine FairWandel-Tasche bestellen

EDITORIAL

Foto: Frank Rumpenhorst

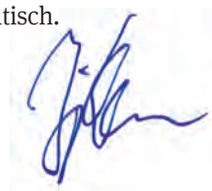
Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall

Kämpferisch und kompetent

GEWERKSCHAFTSTAG Wir können die Transformation gestalten – sozial, ökologisch und demokratisch.

Ein Gewerkschaftstag ist wie ein großes Familienfest. Man kommt aus allen Himmelsrichtungen zusammen, manchmal geht es hoch her, am Ende weiß man, was man aneinander hat. Doch vor allem sind die meisten stolz auf das, was man zusammen geschafft hat. Die Tage in Nürnberg waren anstrengend, aber sie haben sich gelohnt. Denn die IG Metall hat gezeigt, dass sie auf der Höhe der Zeit ist. Und dass wir die Voraussetzungen schaffen, um auch in Zukunft mit aller Macht die Interessen der Beschäftigten zu vertreten.

Stark im Betrieb Im durch den Gewerkschaftstag verabschiedeten Manifest haben wir unser Zukunftsprojekt einer sozial, ökologisch und demokratisch verfassten Gesellschaft beschrieben. Dabei ist und bleibt der Betrieb der zentrale Handlungsort. Um die Transformation sozial zu gestalten, müssen wir dort organisationsstark, konfliktfähig und kompetent sein. Dafür hat der Gewerkschaftstag die Weichen gestellt. Mit einem betriebspolitischen Aktionsprogramm zur Gestaltung der Transformation, mit einer Agenda zur Mobilitäts- und Energiewende im Sinn der Beschäftigten. Die Konferenz hat zudem ein klares Signal für eine Stärkung der Alterssicherung gesetzt. Und wir zeigen klare Kante gegen Hass und Hetze. Nationalisten und Rechtsextremisten dürfen unsere Belegschaften nicht spalten. Die IG Metall bleibt die Bastion gegen alle Versuche, unsere Gesellschaft zu spalten. In den kommenden vier Jahren werden wir nun mit voller Kraft dafür arbeiten, dass unsere IG Metall auch in diesen stürmischen Zeiten Kurs hält und Stärke gewinnt. Nach diesem Kongress bin ich überzeugter denn je: Wir können die Transformation gestalten – sozial, ökologisch und demokratisch.



30 Jahre Mauerfall

DEUTSCHE EINHEIT Die friedliche Revolution in der DDR brachte Freiheit und Demokratie. Die wirtschaftliche und soziale Einheit steht noch aus.

Vor 30 Jahren, am 9. November 1989, fiel die Berliner Mauer (im Bild ein Ausschnitt der East Side Gallery in Berlin-Friedrichshain, einer Open-Air-Galerie auf dem längsten noch erhaltenen Teilstück). Der Mauerfall war der Auftakt für die Wiedervereinigung, die knapp ein Jahr später Wirklichkeit wurde.

Die Menschen in der DDR hatten sich mit ihren mutigen und friedlichen Protesten Freiheit und Demokratie erkämpft. Wirtschaftlich standen ihnen schwierige Zeiten bevor: Nach der Wiedervereinigung bricht die ostdeutsche Industrie ein, sechs Millionen Arbeitsplätze gehen verloren. Die IG Metall fordert, industrielle Kerne zu erhalten – oft vergeblich. In der folgenden Krise kämpft die IG Metall für die Rechte der Beschäftigten und für gute Arbeit in den neuen Bundesländern. Die Mitgliederzeitschrift der IG Metall, die damals noch »metall« heißt, berichtet in dieser Zeit viel über die Entwicklung im Osten und fordert im Oktober 1991: »Aufbauen statt Plattmachen« (siehe Abbildungen der Zeitschriftentitel oben).

Auch heute ist längst nicht alles gut in Ostdeutschland, doch es gibt Entwicklungen, die Mut machen: Die Arbeitslosigkeit ist in vielen Regionen niedrig wie seit Jahrzehnten nicht. Auch die Abwanderung ist gestoppt. Viele Betriebe suchen händeringend nach Fachkräften. Umso skandalöser ist es, dass sich die Arbeitgeber immer noch der Einführung der 35-Stunden-Woche im Osten verweigern. Nach den zuletzt gescheiterten Gesprächen mit den Arbeitgebern zur Angleichung der Arbeitszeit gilt für die IG Metall: Jetzt erst recht!

Artur.Siemens@igmetall.de

Mehr zur wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland und wie Metallerinnen und Metaller in den Betrieben vor Ort sie erleben, ab Seite 16.

metall 18/1990

metall 23/1989

Foto: Ben Kriemann/Geiler-Fotopress/pa

Karikatur: Stephan Rürup

37 %

Duale Berufsausbildung fördert Integration

Die duale Berufsausbildung leistet laut einer Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung einen wichtigen Beitrag zur Integration von Flüchtlingen. Demnach konnten im vergangenen Jahr 37 Prozent der Bewerber mit Fluchthintergrund eine betriebliche Berufsausbildung beginnen.

Jugendliche verlangen sichere Arbeit

Sicher muss der Arbeitsplatz sein. Für 93 Prozent der Jugendlichen ist das die wichtigste Eigenschaft, die der Job vorweisen muss. Das ist ein Ergebnis der gerade veröffentlichten Shell-Jugendstudie. Zudem solle die Arbeit genug Freiraum für Familie und Kinder lassen, gaben fast alle der über 2500 befragten 15- bis 25-Jährigen an.

93 %

Wahl der Vertrauensleute – jetzt kandidieren

Ab Januar wählen die IG Metall-Mitglieder in den Betrieben wieder ihre Vertrauensleute. Alle IG Metall-Mitglieder im Betrieb können kandidieren. Vertrauensleute sind die direkten Ansprechpartner der IG Metall am Arbeitsplatz. Sie informieren Euch aus erster Hand und sorgen dafür, dass Eure Probleme und Interessen Gehör finden. Sie organisieren die Arbeit der IG Metall im Betrieb und werden dafür auf Seminaren qualifiziert.

Willst Du als Vertrauensfrau oder Vertrauensmann kandidieren? Melde Dich bei Deinen Vertrauensleuten, Deinem Betriebsrat oder Deiner IG Metall vor Ort.

▶ igmetall.de/vertrauensleute

Nah dran, kompetent, durchsetzungsstark: Vertrauensleute der IG Metall. Ab Januar sind Wahlen. Auch Du kannst kandidieren.

Digitalisierung: Deutliche Mehrheit spricht sich für mehr Mitbestimmung aus

60 Prozent

Um den digitalen Wandel zu meistern, erwarten die Bürger von der Politik, dass sie die Macht der Internetkonzerne begrenzt, Weiterbildung fördert und für mehr Mitbestimmung sorgt. Das geht aus einer aktuellen Studie des Soziologen Stefan Kirchner von der TU Berlin hervor. Kirchner hat Daten des Instituts Civey ausgewertet, das regelmäßig Onlinebefragungen mit rund 5000 Teilnehmern durchführt. 60 Prozent der Befragten stimmen mit der Aussage überein, dass die Rechte von Betriebsräten und Beschäftigten ausgebaut werden sollten.

3 Fragen an Maicon Vasconcelos da Silva

BRASILIEN Im Amazonasgebiet brennen die Wälder. Auch auf sozialem Gebiet hat die Politik des jetzigen Präsidenten Bolsonaro verheerende Folgen.

Gewerkschaften, Frauen, Minderheiten und soziale Bewegungen sind in Brasilien massiv unter Druck. Wie beurteilst Du die Lage?
MAICON VASCONCELOS DA SILVA: Wir erleben eine Welle der Repression. Milizen schüchtern Gewerkschaftsaktivisten ein. Morde werden nicht geahndet.

Der frühere Präsident und Gewerkschafter Lula wurde in einem Scheinprozess angeklagt und verurteilt. Hat er eine Chance?
VASCONCELOS DA SILVA: Lula sitzt für weitere zehn Jahre in Haft. Er wurde Opfer eines politischen Verfahrens, das darauf zielt, die Opposition in Brasilien generell zu schwächen. Mit der weltweiten Kampagne #LulaLivre wollen wir seine Freilassung erreichen.

Du warst auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall, der eine Solidaritätserklärung mit den brasilianischen Gewerkschaften verabschiedet hat. Hilft das?
VASCONCELOS DA SILVA: Auf jeden Fall! Der Druck auf die Regierung von Bolsonaro muss erhöht werden, damit diese umweltschädliche und menschenverachtende Politik gestoppt wird.

Foto: Christian v. Polentz

Maicon Vasconcelos Da Silva ist Weltbetriebsrat und arbeitet bei Mercedes-Benz in Brasilien.

Foto: Joachim E. Roettgers

Die Tarifkommission der Holz- und Kunststoffindustrie Baden-Württemberg in Stuttgart

Holz-Tarifrunde spitzt sich zu

IG Metall will 5,5 Prozent. Arbeitgeber mauern. Aktionen laufen. Warnstreiks geplant.

Die Tarifverhandlungen in der Holz- und Kunststoffindustrie brachten bisher keine Annäherung. Die Beschäftigten machen nun mit Aktionen Druck. Ab 12. November sind Warnstreiks in allen Tarifgebieten möglich. Die IG Metall fordert 5,5 Prozent mehr Geld und ein Extraplus für Auszubildende. Die Arbeitgeber lehnen ab und spielen auf Zeit. Dabei geht es den Betrieben insgesamt gut. Viele suchen Fachkräfte und Nachwuchs.

»Mit zu niedrigen Einkommen wird das schwierig. Unser Altersschnitt ist jetzt schon sehr hoch. Irgendwann wissen wir nicht mehr, wie wir unsere Küchen fertig kriegen«, kritisiert Bernd Deppermann, Betriebsratsvorsitzender bei RWK & Kuhlmann Küchen in Löhne und Mitglied der IG Metall-Verhandlungskommission Westfalen-Lippe. »5,5 Prozent mehr passen daher, zumal wir in den letzten Jahren viel verzichtet haben. Das wird allerdings nicht einfach: In der Verhandlung waren die Arbeitgeber knallhart. Wir werden kämpfen müssen.« ▶ **holz-tarifrunde.de**

Beschäftigte des Mercedes-Zulieferers HBPO in Rastatt erkämpfen sich ihren Tarifvertrag

Die 130 Beschäftigten des Mercedes-Zulieferers HBPO in Rastatt haben sich gemeinsam mit der IG Metall erstmals einen Tarifvertrag erkämpft, mit bis zu 20 Prozent mehr Lohn. Außerdem arbeiten sie nur noch 37,5 statt 40 Stunden in der Woche.

Ihren Tarifvertrag haben sie gegen massive Widerstände durchgesetzt: Der Arbeitgeber schüchterte die Beschäftigten in Einzelgesprächen ein und drohte mit Standortschließung. Dennoch traten innerhalb weniger Wochen 70 Prozent der Beschäftigten in die IG Metall ein.

Sie wählten eine Tarifkommission, stellten ihre Forderungen auf – und setzten sie mit einem Warnstreik durch. Ihren Weg könnt Ihr Euch im Film »Tarifvertrag jetzt!« anschauen: ▶ **igmetall.de/HBPO**

Musikalische Begrüßung: die »Jack Russel's Halsbänd« bei der Eröffnungsfeier

24. ORDENTLICHER GEWERKSCHAFTSTAG

MITEINANDER
FÜR MORGEN
SOLIDARISCH UND GERECHT

GUT AUFGESTELLT FÜR MORGEN

Straffes Arbeitsprogramm: Knapp 500 Delegierte beraten rund 800 Anträge.

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil: »Wir brauchen starke Gewerkschaften!«

Fotos von links nach rechts: Frank Rumpenhorst, Thomas Range, Christian von Polentz, Frank Rumpenhorst, Thomas Range

Foto: Frank Rumpenhorst

GEWERKSCHAFTSTAG 2019 Industrie und Gesellschaft erleben massive Umbrüche. Alte Gewissheiten schwinden. Neue Antworten sind gefragt, damit es auch morgen noch gute und sichere Arbeit gibt. Unter diesen Vorzeichen hat der Gewerkschaftstag der IG Metall in Nürnberg stattgefunden. Am Ende stand: ein Kompass für die kommenden Jahre. | **Von Simon Che Berberich, Christoph Böckmann, Jan Chaberny, Dirk Erb und Jens Knüttel**

Sie haben diskutiert, gewählt und immer wieder abgestimmt. 483 Delegierte haben auf dem Gewerkschaftstag in Nürnberg über das Programm der IG Metall für die nächsten vier Jahre entschieden.

Bestimmendes Thema auf dem Kongress: die Transformation, die in den Betrieben und der gesamten Wirtschaft stattfindet. Die Produktion wird digital und immer mehr automatisiert. Autos und Hochöfen müssen klimafreundlicher werden. Die Welt wird immer vernetzter. Doch was bedeutet das für die Beschäftigten? Wie schaffen wir es, dass die Veränderungen sozial ablaufen und es am Ende noch Sicherheit und gute Arbeit gibt?

Antworten stehen in den rund 800 Beschlüssen, die der Gewerkschaftstag gefasst hat. Sie reichen vom Recht auf Weiterbildung bis zur Forderung nach einer staatlichen Investitionsoffensive, von der besseren Absicherung Arbeitssuchender bis zur Stärkung der Mitbestimmung in den Betrieben und Unternehmen.

Auf den nächsten Seiten stellen wir die wichtigsten Beschlüsse des Gewerkschaftstags vor – den Kurs der IG Metall für die kommenden Jahre.

►►

Zügige Abstimmung dank elektronischer Hilfsmittel

Fotos von links nach rechts: Christian von Polentz, Frank Rumpenhorst, Thomas Range (2), Christian von Polentz

Sicher durch die Transformation

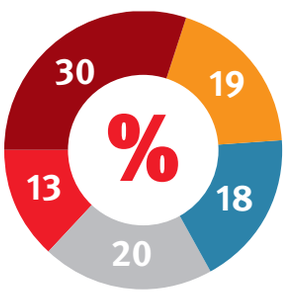
WANDEL Digitalisierung, Energie- und Mobilitätswende – die Herausforderungen sind enorm. Die IG Metall nimmt sie an und gestaltet den Wandel aktiv mit.

Energiewende, Mobilitätswende, Digitalisierung – all diese Themen werden Industrie und Gesellschaft stark verändern. Chancen und Risiken liegen dabei eng beieinander. So wird es darauf ankommen, den Umbau von Technologien, Produkten, Geschäftsmodellen, Standorten und Wertschöpfungsketten nicht zu verhindern, sondern fair zu gestalten. Das betonten die Delegierten auf dem 24. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall.

Energie und Mobilität Mit großer Mehrheit haben sie sich für ein Aktionsprogramm zur Gestaltung der Transformation ausgesprochen. Konkret: Die IG Metall wird an regionalen Zukunftsszenarien und dazu passenden Energie- und Mobilitätskonzepten sowie an Zukunftskonzepten für Standorte und Beschäftigung mitarbeiten. Die Beschäftigten müssen an den Umbauprozessen beteiligt werden. Denn ihre Ideen – etwa für mehr Energieeffizienz in den Unternehmen – sind für eine erfolgreiche Transformation unverzichtbar.
Politisch wird sich die IG Metall dafür einsetzen, dass Mobilität klimafreundlich, für alle zugänglich und bezahlbar ist, der Energiesektor für Haushalte und Industrie ausreichend bezahlbare Elektrizität aus erneuerbaren Energien bereitstellt, speichert und transportiert, die industrielle Wertschöpfung auf die neuen Technologien und Produkte ausgerichtet wird und die Beschäftigten berufliche Perspektiven bekommen.

In vielen Betrieben fehlt eine Strategie zur Transformation

»Für den Betrieb gibt es eine Strategie für die Bewältigung der Transformation bzw. Umstellung auf E-Mobilität.«



Quelle: Transformationsatlas, IG Metall 2019

Mehr Qualifizierung Nach dem Willen der Delegierten soll die IG Metall die Digitalisierung auf allen Handlungsfeldern gestalten. Dafür wurde ein Bündel von Maßnahmen definiert: Im Betrieb will die IG Metall verpflichtende Qualifizierungspläne vereinbaren. Anforderungen müssen hierfür analysiert und bestehende Instrumente wie das Qualifizierungschancengesetz angewendet werden. Die IG Metall will Gestaltungsansätze beispielsweise zur Personal- und Qualifizierungsplanung in den Betrieben verankern. Die Politik muss Weiterbildung mit einem Transformations-Kurzarbeitergeld fördern. Tarifpolitisch wird die IG Metall sich um gute Bezahlung auch in Zeiten des Umbruchs kümmern, Abkommen zum Schutz vor Rationalisierung vorantreiben, bestehende Verträge zur Qualifizierung und Weiterbildung weiterentwickeln sowie tarifpolitische Standards für dual Studierende durchsetzen.
Die IG Metall macht sich für eine Gleichstellung aller Ausbildungsformen im Betrieb stark. Durch eine Erhöhung der tariflichen Ausbildungsvergütungen und die stetige Verbesserung der Ausbildungsqualität soll außerdem die Attraktivität der betrieblichen Ausbildung steigen.

Selbstbewusst, zuversichtlich und kämpferisch.

Auke Tiekstra und Meike Schlabach: zwei von fast 500 Delegierten

Wir gestalten den Wandel.

Noch stärker im Betrieb werden

BETRIEB UND TARIF Die Industrie erlebt große Umbrüche. Die Forderung der IG Metall: Aus technischem Fortschritt muss sozialer Fortschritt für alle werden.

Die IG Metall will die Transformation im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestalten, Beschäftigung vorausschauend sichern – und gute tarifliche Arbeitsbedingungen auch in Zukunft erhalten. Dazu muss sie Personalabbau, Verlagerungen von Arbeitsplätzen und Schließungen von Werken verhindern – und zugleich Innovationen vorantreiben, Investitionen in neue Technologien und Produkte durchsetzen und allen Beschäftigten Weiterbildung für die neue Arbeit ermöglichen.

Um Beschäftigte im digitalen und ökologischen Wandel zu schützen, beschlossen die Delegierten des Gewerkschaftstags, dass die Arbeitszeit ein Schwerpunkt bleibt: kürzere Arbeitszeiten statt Entlassungen. Gesunde Arbeitszeitregelungen, die vor Stress, zu viel Arbeit und ständiger Verfügbarkeit für den Arbeitgeber schützen. Wichtig ist noch mehr Selbstbestimmung für Beschäftigte bei ihrer Arbeitszeit, etwa durch eine Ausweitung der Möglichkeit, statt zusätzliches Geld freie Tage zu nehmen. Außerdem soll Schluss sein mit längeren Arbeitszeiten im Osten.

Mehr Tarif und Mitbestimmung All das will die IG Metall mit Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen regeln und sichern. Dazu sind mehr Tarifverträge notwendig speziell in Betrieben, in denen es noch keine gibt, und mehr Mitbestimmung für Beschäftigte und ihre Betriebsräte. Zudem sollen Tarifverträge erweitert und weiterentwickelt werden. Und schließlich müssen auch bessere Gesetze her.

Um das durchzusetzen, will die IG Metall noch stärker in den Betrieben werden, indem sie noch mehr Mitglieder gewinnt, die sich solidarisch engagieren, sich beteiligen, ihren Sachverstand einbringen und mitentscheiden. Ziel der IG Metall ist es, mehr Vertrauensleute zu gewinnen, sie für die Herausforderungen zu qualifizieren und zu stärken. ▶▶▶

20%

Mehr mit Tarifvertrag

Beschäftigte in Betrieben mit Tarifvertrag verdienen im Schnitt 20 Prozent mehr als Beschäftigte ohne Tarifvertrag.

Merkel für Tarifbindung

2005, 2009, 2013, 2015, 2019: So oft wie Angela Merkel (CDU) hat wohl noch keine Politikerin auf IG Metall-Gewerkschaftstagen gesprochen. Auch diesmal folgte die Kanzlerin der Einladung.

In ihrer Rede dankte Merkel den Metallerinnen und Metallern für ihr Engagement gegen Ausgrenzung und Intoleranz. Sie betonte den Wert der Tarifbindung als Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft. Applaus erntete sie mit dem Bekenntnis, sie sei zum Handeln bereit, um qualifizierte Beschäftigung in den Betrieben zu erhalten.

igmetall.de/gewerkschaftstag

Foto: Frank Rumpenhorst

Manifest der IG Metall

Einstimmig haben die Delegierten auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall in Nürnberg das Manifest mit dem Titel »Miteinander für morgen. Die IG Metall in einer neuen Zeit« als Resolution verabschiedet. Das Manifest soll Kompass in einer Zeit der tiefgreifenden Veränderung sein. Und aufzeigen, wie die Transformation gestaltet werden kann — sozial, ökologisch und demokratisch.

igmetall.de/gewerkschaftstag

Christiane Benner, Jörg Hofmann und Jürgen Kerner werden von der Presse befragt.

Fotos von links nach rechts: Thomas Range (2), Christian von Polentz (3)

Solidarisch für alle – das ist unser Wertekompass.

Sozialstaat erneuern

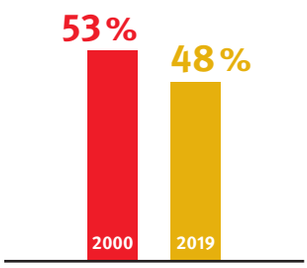
SICHER, GERECHT UND SELBSTBESTIMMT Bessere Absicherung bei Arbeitslosigkeit, auskömmliche Renten, Freiraum für ein selbstbestimmtes Leben. Beim Gewerkschaftstag fordern die Delegierten einen erneuerten Sozialstaat.

Wenn sich die Arbeitswelt rasant verändert, wenn die Industrie regelrechte Umbrüche erlebt, dann brauchen wir einen Sozialstaat, der Sicherheit gibt. Darin waren sich die Delegierten auf dem Gewerkschaftstag einig. Mit zahlreichen Anträgen formulierten sie Forderungen, die alle ein Ziel haben: den Sozialstaat ausbauen und ihn verlässlicher machen.

Das fängt bei der Absicherung von Erwerbslosigkeit an. Die Delegierten fordern, dass die Arbeitslosenversicherung wieder zum zentralen Schutzsystem bei Arbeitslosigkeit werden muss. Das bedeutet konkret: Das Arbeitslosengeld soll wieder länger gezahlt werden – derzeit endet der Bezug in der Regel nach zwölf Monaten. Das-Hartz-IV-System soll überwunden werden zugunsten einer solidarischen Form der Grundsicherung. Die Regelsätze sollen steigen, das Sanktionsregime und der Vorrang von Jobvermittlung vor Qualifizierung sollen fallen. Die Bedürftigkeitsprüfung soll vereinfacht, individuelle Ansprüche durchgesetzt werden.

Auch bei der Alterssicherung sehen die Delegierten Handlungsbedarf. »Die IG Metall steht für eine Rente ein, die den Lebensstandard sichert«, heißt es in einem Beschluss des Gewerkschaftstags. Und weiter: »Ein grundlegender Kurswechsel in der Rentenpolitik ist gerade angesichts des tiefgreifenden Strukturwandels der Arbeitswelt und der bevorstehenden Transformation der Industriearbeit besonders dringlich.«

Entwicklung des Rentenniveaus



Verhältnis der Standardrente zum Durchschnittseinkommen (Werte gerundet)

Konkrete Forderungen zur gesetzlichen Rentenversicherung sind unter anderem: Rentenniveau dauerhaft stabilisieren und wieder anheben, Altersarmut wirksam bekämpfen, Nein zur Rente mit 67, Erwerbsminderungsschutz verbessern. Außerdem soll die Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung werden, in die auch Selbstständige, Beamte und Freiberufler einzahlen.

Bei der Betriebsrente sprachen sich die Delegierten für eine »flächendeckende Verbreitung der betrieblichen, arbeitgeberfinanzierten Altersversorgung« aus – als Ergänzung zur gesetzlichen Rente. Die Belastung von Betriebsrenten durch die volle Beitragspflicht zu Kranken- und Pflegeversicherung – die sogenannte Doppelverbeitragung – wollen die Delegierten abschaffen.

Beim Gewerkschaftstag gab es ein klares Bekenntnis zu einem weiterentwickelten Sozialstaat: einem Sozialstaat, der nicht nur klassische Risiken wie Krankheit und Arbeitslosigkeit absichert, sondern auch individuelle Anliegen. Dazu gehört der Bedarf an Weiterbildung, Zeit für die Pflege Angehöriger und für Erziehung. Das Ziel ist: ein selbstbestimmtes Leben für alle Menschen im Land zu ermöglichen.

Der Generalsekretär von Amnesty International Deutschland, Markus Beeko (2. von links), nimmt die Spende entgegen.

Bastion gegen Spaltungsversuche

SOLIDARISCH UND VIELFÄLTIG Die IG Metall steht mit ihren Werten für eine solidarische, offene, tolerante und vielfältige Gesellschaft. Wir stemmen uns gegen die verfestigte soziale Ungleichheit – gemeinsam und mit aller Kraft.

Unsere Gesellschaft ist so gespalten und polarisiert wie lange nicht. Die neoliberale Politik der vergangenen Jahrzehnte hat eine verfestigte soziale Ungleichheit geschaffen. Rechtsradikale und Populisten wollen spalten, indem sie Ressentiments schüren, Konflikte entfachen, Ängste befeuern und letztlich den demokratischen Kern unseres Zusammenlebens angreifen.

Die IG Metall stemmt sich gegen diese Entwicklungen, sorgt für gute Arbeitsbedingungen und zeigt klare Kante gegen Rassismus. Nationalisten und Rechtsextremisten dürfen unsere Belegschaften nicht spalten. Mit rechtspopulistischen Parteien wie der AfD kann es deshalb keine Zusammenarbeit geben, haben die Delegierten beim Gewerkschaftstag einstimmig beschlossen.

Sie machen deutlich: Die IG Metall steht mit ihren Werten für eine solidarische, offene, tolerante und vielfältige Gesellschaft und stellt völkisch-nationalistischer, rassistischer oder sexistischer Programmatik keine (Diskussions-)Räume zur Verfügung. Priorität hat für die IG Metall laut Beschluss Überzeugungs- und Aufklärungsarbeit, nicht Ausschluss oder Ausgrenzung.

Dass die Einkommen und Vermögen so ungleich verteilt sind wie nie zuvor, wollen die Delegierten nicht akzeptieren. Sie sprachen sich für Umverteilung aus. Dazu gehören: ein höherer Spitzensteuersatz und die Entlastung von Geringverdienern durch einen höheren Grundfreibetrag. Unternehmen sollen mehr als bisher zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen.

0 €

Keine Einnahmen: Seit 1997 wird die Vermögensteuer in Deutschland nicht mehr erhoben.

Sogenannte atypische Beschäftigung, zum Beispiel Leiharbeit, wollen die Delegierten konsequent regulieren. Dauerhafte Arbeitsplätze immer wieder mit Leiharbeitern zu besetzen soll verboten werden. Leiharbeit soll auf die Abfederung von Auftragsspitzen beschränkt werden. Mehr Regeln fordern die Delegierten auch für die Arbeit auf Onlineplattformen: Wer über solche Plattformen arbeitet, soll leichter als bisher als Arbeitnehmer anerkannt werden und entsprechende Rechte erhalten. ▸▸▸▸

Wir stehen zusammen gegen Hass und Hetze.

Kooperation mit Amnesty

Die IG Metall und Amnesty International haben die Gründung eines Netzwerks vereinbart, um verfolgte Gewerkschafter weltweit zu unterstützen. Jeder Metaller und jede Metallerin kann sich melden, um sich für konkrete Fälle einzusetzen und so an internationaler Solidarität mitzuwirken, sagte Hauptkassierer Jürgen Kerner, der das Projekt organisiert. Jörg Hofmann, Christiane Benner und Jürgen Kerner überreichten Amnesty eine Spende in Höhe von 60 000 Euro.

▶ **igmetall.de/gewerkschaftstag**

Foto: Frank Rumpenhorst

Das Respekt!-Banner ist ein kraftvolles Zeichen gegen Rassismus.

Banner gegen Rassismus

Rund 600 Meter lang, geschaffen von mehr als 5000 Menschen: Damit strebt die Initiative »Respekt! Kein Platz für Rassismus« der IG Metall den Rekord für das längste antirassistische Banner der Welt mit den meisten Mitwirkenden an. Beim Gewerkschaftstag haben Vertreter der IG Metall und Hunderte Delegierte das Ergebnis monatelanger Arbeit präsentiert. Viele kleine Banner wurden zu einem großen zusammengenäht. Es wird zur Eintragung im Guinness-Buch der Rekorde angemeldet.

▶ **respekt.tv**

Vor der Abstimmung: letzte Besprechung der Antragsberatungskommission

Fotos von links nach rechts: Frank Rumpenhorst, Christian von Polentz, Frank Rumpenhorst, Thomas Range

So wurde gewählt

WAHLEN Die Delegierten haben auf dem Gewerkschaftstag in Nürnberg die Führungsspitze der IG Metall bestätigt.

Die alten geschäftsführenden Vorstandsmitglieder sind auch die neuen: Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender, Christiane Benner, Zweite Vorsitzende, Jürgen Kerner, Hauptkassierer, Wolfgang Lemb, Ralf Kutzner, Irene Schulz und Hans-Jürgen Urban

Foto: Frank Rumpenhorst

Bezirk Baden-Württemberg: Nadine Boguslawski, Stuttgart; Rolf Ebe, Ulm; Rolf Klotz, Heilbronn-Neckarsulm; Ergun Lümali, Stuttgart; Sabine Pfleghar, Friedrichshafen-Oberschwaben;
Bezirk Bayern: Karola Frank, Ingolstadt; Mario Gutmann, Bamberg; Horst Lischka, München; Andreas Weidemann, Nürnberg
Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen: Carmen Bahlo, Potsdam; Bernd Kruppa, Leipzig, Jens Rothe, Zwickau
Bezirk Küste: Michael Eilers, Wesermarsch; Ina Morgenroth, Region Hamburg; Volker Stahmann, Bremen
Bezirk Mitte: Bernd Feuerpeil, Koblenz; Bernd Lösche, Eisenach; Patrick Selzer, Saarbrücken; Elke Volkmann, Nordhessen
Bezirk Niedersachsen und Sachsen-Anhalt: Bernd Osterloh, Wolfsburg; Brigitte Runge, Salzgitter-Peine; Manfred Zaffke, Süd-Niedersachsen-Harz
Bezirk Nordrhein-Westfalen: André Arenz, Olpe; Gerhard Gertsen, Bocholt; Benjamin Gruschka, Köln-Leverkusen; Ulrike Hölter, Dortmund; Tekin Nasikkol, Duisburg-Dinslaken, Heinz Pfeffer, Rheine; Andreas Wendland, Bocholt

»Die Politik muss den Ton angeben, nicht der Markt«

INTERVIEW MIT JÖRG HOFMANN Der Gewerkschaftstag hat Jörg Hofmann für weitere vier Jahre als Ersten Vorsitzenden der IG Metall gewählt. Wir haben ihn gefragt, welche Ziele er sich für die neue Amtszeit gesteckt hat. | **Interview Simon Che Berberich**

Jörg, auf dem Gewerkschaftstag war es zu spüren: Die heftigen Veränderungen in den Betrieben treiben alle Kolleginnen und Kollegen um. Welche Botschaft hast Du für sie?

Jörg Hofmann: Was zurzeit in manchen Betrieben passiert, ist eine Schande. Fast alle Zulieferkonzerne haben in den letzten Wochen Standortschließungen und Personalabbau in die Diskussion gebracht. Da wird eine aktuelle Absatzflaute ausgenutzt, um die Abrissbirne zu schwingen. Es sind dieselben Konzerne, die gleichzeitig in Osteuropa Kapazitäten aufbauen. Das können und werden wir nicht hinnehmen.

Was forderst Du von den Unternehmen?

Jörg Hofmann: Wenn die Renditeträume nicht so aufgehen, wie sie in den vergangenen Jahren von den Belegschaften erwirtschaftet wurden, dann mögen darunter die Boni der Vorstände leiden. Das kann doch keine Begründung für Personalabbau sein. Wie soll man die Belegschaften für ein engagiertes Mitmachen in der Transformation gewinnen, wenn nun im ersten Moment einer konjunkturellen Flaute das Miteinander aufgekündigt wird? Ich kann nur sagen: Krise heißt nicht Entlassung. Krise heißt Verantwortung – und für die stehen die IG Metall und ihre Betriebsräte.

Wie können wir im Betrieb mehr Sicherheit schaffen?

Jörg Hofmann: Wir haben schon in zahlreichen Betrieben Zukunftsvereinbarungen durchgesetzt. Das sind verbindliche Abmachungen mit der Unternehmensleitung, die die Produktion sichern, Zukunftsprodukte an die Standorte

Viel Unterstützung für die Forderungen der Jugend: gute Arbeit, Bildung und Lebensbedingungen

holen, Qualifizierungsangebote schaffen. Wir sollten solche Vereinbarungen in möglichst vielen Betrieben erkämpfen.

Muss die Regierung mithelfen, um Beschäftigung zu sichern?

Jörg Hofmann: Wir werden gegenüber dem Gesetzgeber weiter deutlich machen, dass er handeln muss, und zwar schnell. Wir brauchen einen gesetzlichen Anspruch auf Weiterbildung für die Jobs von morgen. Wir brauchen das Transformations-Kurzarbeitergeld, um Kurzarbeit mit Qualifizierung zu verbinden. Und wir brauchen einen erneuerten Sozialstaat, der mehr Sicherheit gibt, als es jetzt der Fall ist.

Die Arbeitgeber fordern angesichts der Konjunkturdelle bereits Magerkost in der anstehenden Metall-Tarifrunde. Wie lautet Deine Antwort?

Jörg Hofmann: Auf die Leimspur einer Lohnzurückhaltung lassen wir uns nicht locken. Wir haben immer Forderungen gestellt, die zu den ökonomischen Realitäten passen. Das gilt auch für die Tarifrunde 2020. Im Moment trägt die Binnennachfrage die Konjunktur – aufgrund unserer guten Entgeltabschlüsse der Vergangenheit.

Die IG Metall will Transformation in den Betrieben sozial gestalten. Das wäre einfacher, wenn die Beschäftigten mehr mitbestimmen könnten.

Jörg Hofmann: Wir brauchen eine klare Stärkung der Mitbestimmung. Einerseits um die Transformation im Interesse der Beschäftigten zu

Foto: Frank Rumpenhorst

Mehr Mitbestimmung im Betrieb, mehr soziale Sicherheit: Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender, umreißt das Arbeitsprogramm der IG Metall für die kommenden Jahre.

gestalten. Andererseits aber auch, um Finanzinvestoren in die Schranken zu weisen. Allein 2017 wurden in Deutschland 217 Unternehmen von Finanzinvestoren übernommen. Davon 70 Prozent aus dem Ausland.

Was sind die Folgen?

Jörg Hofmann: Oft wollen die Investoren die Unternehmen filetieren. Mitbestimmung kann das verhindern. Nicht der Kurs am Kapitalmarkt darf bestimmen, ob Standorte geschlossen, Beschäftigte entlassen, Unternehmensteile verkauft werden. Die nachhaltige Entwicklung des Unternehmens muss im Mittelpunkt stehen.

Wie ist die IG Metall für die nächsten Jahre aufgestellt?

Jörg Hofmann: Die IG Metall kann die anstehenden Aufgaben schultern, weil wir mitgliederstark sind und Tausende engagierte Kolleginnen und Kollegen in unseren Reihen haben. Wir haben allen Grund, selbstbewusst zu sein. Wir haben dem Industriekapitalismus immer wieder bessere Arbeits- und Lebensbedingungen abgerungen. Unsere IG Metall, wir alle zusammen, werden auch die nächsten Jahre dafür kämpfen, dass wir unserem Ziel einer humanen, solidarischen und vielfältigen Gesellschaft näherkommen.

Was der Gewerkschaftstag der IG Metall für die kommenden vier Jahre beschlossen hat:
▶ igmetall.de/gewerkschaftstag

Die Transformation gestalten.

Sozial. Ökologisch. Demokratisch.

Foto: Thomas Lebie/dpa/pa

10. November 1989: Jubelnde Menschen am Grenzübergang Bornholmer Straße in Berlin

Wo Ost und West noch ungleich sind – und wie wir das ändern

LÖHNE, RENTEN, ARBEITSZEITEN: Auch 30 Jahre nach dem Mauerfall hat Ostdeutschland sozial noch nicht mit dem Westen gleichgezogen. Wie wir endlich gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen. | **Von Simon Che Berberich**

Dass er mal genauso viel verdienen würde wie Kollegen im Westen, hat sich Christian Schulze lange nicht träumen lassen.

Der Kfz-Meister – 38, geboren in Thüringen – arbeitet bei Accumotive, einer Tochter der Daimler AG im ostsächsischen Kamenz. Zusammen mit rund 2000 Beschäftigten produziert er Lithium-Ionen-Batterien, die in den Elektroautos des Konzerns verbaut werden. Es sind Zukunftsprodukte. Trotzdem waren die Arbeitsbedingungen bei Accumotive lange von gestern: niedrige Löhne, wenig Urlaub, lange Arbeitszeiten. Kein Vergleich zu den Bedingungen in westdeutschen Daimler-Werken.

Doch nun wird für Christian Schulze vieles besser. Künftig gilt bei Accumotive der Tarifvertrag der sächsischen Metall- und Elektroindustrie. Die Löhne steigen deutlich, es gibt Einmalzahlungen, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, die Arbeitszeiten werden reduziert. Wie hat die Belegschaft das geschafft?

»Der Anfang war zäh«, sagt der Metaller, der seit zwei Jahren den Betriebsrat von Accumotive leitet. Im Betrieb gab es nur eine Handvoll Gewerkschaftsmitglieder. Manche ältere Kollegen, die den industriellen Zusammenbruch nach der Wende erlebt hatten, waren von der Aussicht auf Tarifverhandlungen oder gar Streiks wenig begeistert. Hauptsache Arbeit – auch wenn die Löhne 30 Prozent unter Tarif lagen. Doch mit Betriebsversammlungen, Unterschriftensammlung, Spontandemo und der abgewendeten Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden kam immer mehr Schwung in die Sache. »In der Belegschaft war plötzlich Feuer«, erinnert sich Christian Schulze. »Die haben mich angespornt: Du kannst das! Wir kriegen das hin!« Schließlich war die Belegschaft so gut organisiert, dass Tarifverhandlungen starten konnten. Eines will der Metaller unbedingt noch loswerden: »Es bringt nichts, den Kopf in den Sand zu stecken. Wir müssen anpacken.«

Foto: Christian v. Polentz

» Das Allerwichtigste ist: Wir müssen anpacken. Es bringt nichts, den Kopf in den Sand zu stecken.«
Christian Schulze, Betriebsratsvorsitzender Accumotive Kamenz

Das Beispiel zeigt: Es geht was im Osten – wenn Beschäftigte sich zusammenschließen, Forderungen stellen, Arbeitgeber an den Verhandlungstisch zwingen. Bergauf geht es nicht nur bei den Batterie-

bauern in Kamenz. Viele Wirtschaftsdaten in Ostdeutschland entwickeln sich gut. Die Arbeitslosigkeit ist in vielen Regionen niedrig wie seit Jahrzehnten nicht. Im September lag die Quote bei 6,4 Prozent. Vor zehn Jahren waren es noch 12,8. Und die Quote sinkt weiter.

Auch die Abwanderung ist gestoppt. Inzwischen suchen Betriebe vielerorts händeringend nach Fachkräften. Mehr als jede dritte Fachkräftestelle bleibt im Osten unbesetzt. Gute Aussichten für Azubis und Berufsanfänger. Die Zeiten des »Billiglohnlands Ost« gehen zu Ende. Der Osten holt beim Lohnniveau auf, wenn auch viel zu langsam.

Ein wesentlicher Grund für das Lohnplus sind Tarifverträge. Beispiel Metallindustrie: Dort hat der Osten mit dem Westen gleichgezogen. Die Tarifentgelte in Sachsen unterscheiden sich nicht von denen in Hessen oder im Rheinland.

Dass es in Ostdeutschland überhaupt noch Industrie gibt, ist dem Kampf um Arbeitsplätze und Standorte in den frühen 90ern zu verdanken, als Beschäftigte für den Erhalt industrieller Kerne stritten und streikten.

Wer wissen will, wie es damals auch hätte kommen können, muss mit Harald Ruschel sprechen. Der Metaller (63) ist Betriebsrat bei den MV Werften in Rostock-Warnemünde, wo er seit seiner Kindheit lebt. Auf der Werft arbeitet der Maschinenbaumeister seit 44 Jahren. Er erinnert sich noch gut an die Situation nach der Wende: »Die Treuhand hat die Werft 1992 an den norwegischen Kvaerner-Konzern für einen Euro praktisch verschenkt.« In den Folgejahren wird die Werft von Investor zu Investor weitergereicht wie eine heiße Kartoffel. Bis sie kurz von dem Aus steht.

Strukturwandel 2016 dann die zweite Wende, diesmal zum Guten: Der Genting-Konzern aus Malaysia kauft die Werft. Seitdem wird investiert. Genting hat sich auf Kreuzfahrtschiffe spezialisiert. Der Markt boomt, die Auftragsbücher sind voll.

Heute sind die MV Werften ein Stabilitätsanker. Sie vergeben Aufträge an Zulieferbetriebe in der Region. Wegen der guten Löhne auf der Werft entsteht bei den Zulieferern Druck, ebenfalls mehr zu zahlen. Unter früheren Eigentümern gab es immer wieder Abweichungen vom Flächentarifvertrag. Beim Wechsel zu Genting handelten Betriebsräte und IG Metall einen Übergangstarifvertrag für rund eineinhalb Jahre aus. Seit 2018 gilt der Flächentarif wieder vollständig. »Wir haben Genting klargemacht: Die Werft ist ein tarifgebundenes Unternehmen und wird es bleiben«, sagt Harald Ruschel.

Wäre die Werft nach der Wende abgewickelt worden – wie so viele andere ehemals volkseigene Betriebe – Mecklenburg-Vorpommern hätte heute einen großen Arbeitgeber weniger.

An der MV Werft Warnemünde zeigt sich aber auch die Hypothek, die bis heute auf der ostdeutschen Wirtschaft lastet.

Foto: privat

» Man hätte viel mehr Industriestruktur erhalten können.«

Harald Ruschel, Betriebsratsvorsitzender MV Werften Rostock

Aus Sicht der Beschäftigten ging es in den Wendejahren steil bergab. Der Verlust an Arbeitsplätzen war brutal. »Am Ende der DDR hatten wir zwischen 5500 und 7000 Beschäftigte. Unter Kvaerner waren es noch 2000«, sagt Harald Ruschel. »Da fanden viele die Wende dann richtig ätzend.« Sein Urteil: »Viele Betriebe, die Überlebenschancen gehabt hätten, wurden plattgemacht. Man hätte viel mehr Industriestruktur erhalten können.«

Die traumatischen Erfahrungen wirken bis heute nach. Trotz der Erfolge fühlen sich viele Menschen im Osten abgehängt, als Bürger zweiter Klasse. Nach einer Umfrage der Bundesregierung trifft das auf 57 Prozent der Ostdeutschen zu.

Gründe dafür gibt es genug: 2018 lag der Durchschnittsverdienst im Westen bei 3340 Euro im Monat, im Osten waren es 2790 Euro. Nach wie vor sind die Arbeitszeiten länger, die Renten niedriger.

Wie können wir die Einheit für Arbeitnehmerinnen und Rentner vollenden? Sicherheit im Wandel – das ist der Wunsch vieler Menschen, in Ost wie in West. Konkret könnte das bedeuten: mehr Tarifbindung, höhere Löhne, Hartz IV überwinden, auskömmliche Renten zahlen, den Strukturwandel gestalten. Da die Wirtschaftsstruktur im Osten kleinteilig ist, Konzernzentralen sowie Forschung- und Entwicklung fehlen, ist eine aktive Industriepolitik notwendig. Alles Baustellen für die Bundesregierung.

Gute und gut bezahlte Arbeit Die größte Baustelle: die Angleichung der Arbeitszeit. Noch immer arbeiten die Beschäftigten in der Metallindustrie im Osten 38 Stunden, im Westen 35. In der Tarifrunde 2018 rang die IG Metall den Arbeitgebern eine Verhandlungsverpflichtung ab. Doch nach ersten Fortschritten haben die Arbeitgeberverbände zuletzt auf Blockade geschaltet. Für die IG Metall gilt nun: Jetzt erst recht!

Überall im Osten gibt es Beispiele, dass Beschäftigte ihr Schicksal in die Hand nehmen und Arbeitsbedingungen verbessern: sei es der Schraubenhersteller EJOT in Thüringen, der ab 2021 Westtarif zahlt und die 35-Stunden-Woche einführen wird, oder Schnellecke Logistics im sächsischen Glauchau, wo die Belegschaft Nachtzuschläge und Altersteilzeitregelungen erkämpft hat.

Diese Geschichten können Mut machen. Auch weil sie in eine Zeit fallen, in der im Osten eine neue Generation ohne die harten Wendeerfahrungen selbstbewusst ihre Ansprüche formuliert.

Axel Drescher von der IG Metall Ostsachsen, der mit seinen 31 Jahren selbst zu dieser Generation gehört, formuliert es so: »Die Jüngeren wollen heute wieder hierbleiben, in ihrer Region etwas erreichen. Die wollen gute Arbeit und gut bezahlt werden und organisieren sich bei uns in der IG Metall, um das auch durchzusetzen.«

Anders gesagt: Es geht was im Osten.

▶ Zum 30. Jahrestag des Mauerfalls hat die IG Metall Zeitzeugeninterviews und Berichte zusammengestellt. Entstanden ist dabei die Broschüre »30 Jahre Mauerfall – 30 Jahre Kampf um Arbeitsplätze, industrielle Perspektiven und Tarifbindung«. Sie ist abrufbar unter: ▶ **projekt-zukunft-ost.de**

Auf Warteplatz 400

KINDERBETREUUNGSPLÄTZE Vanessa Giders Elternzeit neigt sich dem Ende zu. Die Metallerin will wieder arbeiten. Einen Kitaplatz für ihre Tochter hat sie allerdings nicht. Wie ihr geht es vielen. Die IG Metall macht Druck auf die Politik, damit sich das ändert. | **Von Jens Knüttel**

Es ist zum Verzweifeln. Vanessa Gider will Ende des Jahres wieder an ihren Arbeitsplatz als technische Produktdesignerin zurück. Einen Betreuungsplatz in einer Kindertagesstätte für Tochter Estelle, die im Dezember 2018 zur Welt kam, haben sie und ihr Mann allerdings bisher nicht.

Egal ob telefonische Anfrage oder persönliche Vorstellung, egal ob am Wohnort Mülheim, am Arbeitsort Essen oder irgendwo dazwischen – das Ergebnis war immer dasselbe: Absage. »Die monatelange Suche ist zeitraubend, stressig und ernüchternd. Denn die Chancen sind meist sehr schlecht«, sagt Vanessa Gider. »Ich habe am Telefon zum Beispiel einmal zu hören bekommen, dass wir auf Warteplatz 400 stehen.« Wie ihr geht es vielen. In Nordrhein-Westfalen fehlen Zehntausende Kinderbetreuungsplätze. Im gesamten Bundesgebiet sind es laut aktueller Studie über 320 000. Obwohl es seit 2013 für Kinder ab Vollendung des ersten Lebensjahrs bis zur Vollendung des dritten Lebensjahrs einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz gibt.

Die Kommunen sind gesetzlich verpflichtet, einen Platz bereitzustellen. Der Mangel an Fachkräften verschärft die Situation zusätzlich. Immer mehr Eltern leiten rechtliche Schritte ein, wenn ihrem Kind ein Kitaplatz verwehrt bleibt. Manchmal führt bereits die schriftliche Androhung einer Klage zu einem Platzangebot. Entstehen Eltern Kosten, weil ihnen – zum beantragten Zeitraum – kein Platz zur Verfügung gestellt wurde, können sogenannte Sekundäransprüche geltend gemacht werden. Das ist möglich, wenn ihnen Einkommen entgeht, weil sie wegen fehlender Betreuung weniger oder gar nicht arbeiten können. Wenn sich Eltern einen Platz in einer privaten Einrichtung gesucht haben, deren Kosten die Kommune normalerweise nicht voll übernimmt, können sie die entstandenen Kosten stellvertretend für ihr Kind einklagen.

Foto: Thomas Range

»Zeitraubende, stressige und ernüchternde Suche«: Metallerin Vanessa Gider hat für Tochter Estelle noch keinen Betreuungsplatz in einer Kindertagesstätte.

Jobchancen beeinträchtigt Die IG Metall hat sich für den Rechtsanspruch starkgemacht und unterstützt Mitglieder durch eine Elternmappe mit Musteranträgen und eine Checkliste mit Musterformulierungen dabei, ihren Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz wahrzunehmen und durchzusetzen. Ein fehlendes oder unflexibles Angebot an Betreuungsmöglichkeiten beeinträchtigt die Jobchancen von Eltern massiv. Die IG Metall macht Druck auf die Politik, dass mehr Fachkräfte gewonnen werden, und setzt sich dafür ein, dass Vergabesysteme für Betreuungsplätze in den Kommunen vereinheitlicht werden. Das Gute-Kita-Gesetz der Bundesregierung soll einen Beitrag dazu leisten, die Missstände zu beseitigen.

Betriebsrätinnen und Betriebsräte der IG Metall kennen die Probleme und haben in vielen Unternehmen Erleichterungen für Eltern durchgesetzt. Dazu zählen eigene betriebliche Betreuungseinrichtungen, Belegplätze in anderen Einrichtungen oder auch Ferienangebote für Kinder.

Vanessa Gider und ihr Mann haben nach langer Suche eine Übergangslösung gefunden: Tochter Estelle kommt ab Dezember zu einer Tagesmutter. Die Eltern hoffen, dass sie ab August 2020 in eine Kita wechseln kann. Für Vanessa Gider ist klar: »Es braucht dringend mehr Betreuungsplätze.«

Was Eltern beim Antrag auf einen Betreuungsplatz beachten sollten, erfahrt Ihr unter:
▶ igmetall.de/eltern
Dort sind weitere Infomaterialien bereitgestellt.

Tarifverhandlungen in der Leiharbeit gehen in die nächste Runde

Die IG Metall fordert 8,5 Prozent mehr Geld für Leiharbeiter, mehr Weihnachts- und Urlaubsgeld, mehr Urlaub und höhere Zulagen. Das hat die bundesweite IG Metall-Tarifkommission Leiharbeit beschlossen.

Gemeinsam mit den anderen DGB-Gewerkschaften verhandelt die IG Metall mit den beiden Arbeitgeberverbänden iGZ und BAP. Bisher fanden zwei Verhandlungen statt. Die Arbeitgeber weisen die Forderungen als »überzogen« und »zu teuer« zurück.

Die Forderungen im Einzelnen:

- 8,5 Prozent mehr Stundenentgelt
- Erhöhung der Jahressonderzahlung (Weihnachts- und Urlaubsgeld) von 300 Euro auf ein 13. Monatsgehalt, einschließlich Bonus für Gewerkschaftsmitglieder
- mehr Urlaub: 28 Tage im ersten Beschäftigungsjahr (bisher nur 24 Tage) – nach zwei Jahren dann 30 Tage im Jahr
- mindestens gleiche Zuschläge für Nacht, Sonntags- und Feiertagsarbeit wie für Stammbeschäftigte im Kundenbetrieb

Das wollen Leiharbeiter Vor Beginn der Verhandlungen haben die Gewerkschaften Leiharbeitnehmer befragt: 81,2 Prozent finden mehr Stundenentgelt »sehr wichtig«, 74,4 Prozent wollen höhere Einmalzahlungen und 70,5 Prozent mehr Urlaub.

Die Stundenentgelte in der Leiharbeit liegen seit Oktober 2019 bei mindestens 9,66 Euro im Osten und 9,96 Euro im Westen. Bei Einsatz in den Industriebranchen der IG Metall kommen zusätzlich tarifliche Branchenzuschläge von bis zu 65 Prozent obendrauf.

»Wir wollen die Arbeitsbedingungen deutlich verbessern. Dazu gehören eine überdurchschnittliche Erhöhung der Entgelte und ein Weihnachts- und Urlaubsgeld in ordentlicher Höhe«, macht IG Metall-Verhandlungsführer Juan-Carlos Rio Antas klar. »Das wird aber nicht einfach. Dafür brauchen wir die Unterstützung der Leihbeschäftigten. Also: jetzt alle rein in die Gewerkschaft und sich gemeinsam für eine gute Tariferhöhung einsetzen.«

Immerhin: 72 Prozent der Leihbeschäftigten gaben an, dass sie bereit sind, sich an Aktionen und Streiks zu beteiligen. Ab 1. Januar 2020 sind Warnstreiks möglich.

Aktuelle Nachrichten und Hintergründe:
▶ igmetall.de/leiharbeit

Anzeige

Büchergilde

Entdecken Sie das Lesen neu

Fordern Sie kostenlos das Magazin an:
buechergilde.de/magazin

SERVICE
www.igmservice.de

Unser Auftrag.
Eure Vorteile

Angebote und Leistungen für IG Metall-Mitglieder

ZWEI HIGHLIGHTS AUS UNSEREM AKTUELLEN PROGRAMM:

Vladimir Nabokov / Thomas M. Müller (Ill.)
Pnin

Nabokovs tragikomischer Roman über einen verschrobenen russischen Gelehrten im amerikanischen Exil kongenial illustriert von Thomas M. Müller.

Ian McEwan
Maschinen wie ich

Die Gefühle und moralischen Prinzipien eines kaum von Menschen zu unterscheidenden Androiden bringen ein junges Liebespaar in verhängnisvolle Situationen.

Begrüßungsgeschenk
Mehr unter: buechergilde.de/neu

Die Büchergilde Gutenberg ist neuer Kooperationspartner der IG Metall Servicegesellschaft. Als Begrüßungsgeschenk erhalten Neumitglieder zu ihrem ersten Kauf ein Büchergilde-Buch ihrer Wahl.

Servicegesellschaft mbH für Mitglieder der IG Metall
E-Mail: info@igmservice.de

Newsletter abonnieren – aktuelle Angebote erhalten
▶ www.igmservice.de/newsletter

Foto: Volkswagen AG

Der ID.3 ist das erste reine Elektroauto von VW. Gefertigt wird es in Sachsen.

Transformiert

E-MOBILITÄT Seit einem Jahr wird das VW-Werk Zwickau zum Elektrostandort umgebaut. Nun läuft dort die Serien-Produktion des ID.3 an. Damit bei der Transformation keiner der Beschäftigten auf der Strecke bleibt, musste der Betriebsrat genau hinschauen. | **Von Christoph Böckmann**

Hinter dicken Glasscheiben bewegen sich die orangen Kuka-Roboter ruckartig. Sie greifen in kurzen, abgehackten Bewegungen metallisch glänzende Blechteile, bringen sie in die richtige Position und schweißen sie zur Karosserie des ID.3 zusammen.

Vor wenigen Wochen wurde das Auto auf der Internationalen Automobil-Ausstellung (IAA) in Frankfurt vorgestellt. Es ist das erste rein elektrische Modell des Volkswagenkonzerns, das nun in Zwickau in Serie geht. Dafür mussten die Beschäftigten und IG Metall-Betriebsräte Pionierarbeit leisten. Seit knapp einem Jahr arbeiten sie an der Transformation des Werks. Der ID.3 und die fünf auf seiner MEB-Plattform konzipierten weiteren Modelle werden Golf und Passat ablösen. Der letzte Verbrenner rollt kommenden Juni in Zwickau vom Band.

Transformation Die Neuerfindung des VW-Konzerns, die in Zwickau ihren Anfang nimmt, ist ein immenser Kostenfaktor. 1,2 Milliarden Euro wird die Volkswagen AG am Ende in das Werk gepumpt haben. »Da will das Unternehmen natürlich an anderen Stellen gern sparen«, berichtet die stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Mandy Anding. Dennoch konnte sie gemeinsam mit den Betriebsratskolleginnen und -kollegen der VW AG eine Beschäftigungsgarantie bis 2029 durchsetzen. Und dass, obwohl für die Montage von Elektromotoren weniger Arbeitskräfte benötigt werden.

Für Auslastung sorgen soll eine Ausweitung der Produktionskapazität. Konkret heißt das: Künftig werden in Zwickau bis zu 330 000 Elektroautos jährlich vom Band rollen statt 300 000 Verbrenner. Dafür stellt der VW-Konzern sogar neue Kollegen ein – aber bisher fast nur mechanische. 1600 statt bisher 1300 Roboter werden bei der Produktion helfen.

Dass VW im Zuge der Umstellung auf E-Mobilität verstärkt auf Automatisierung setzt, hat für viele Beschäftigte Konsequenzen. Einige Tätigkeitsfelder fallen weg oder verändern sich. Beispiel Karosseriebau: Hier läuft das meiste in Zwickau mittlerweile automatisch. Weg fallen vor allem einfache Tätigkeiten, wie das Einlegen der Bleche in die Maschinen.

Qualifizierung Ein paar Anlagen, an denen händisch und taktzeitunabhängig eingelegt wird, gibt es aber noch. Relikte aus vergangenen Zeiten? Nein, die Anlagen sind im Einsatz! Dietmar Brüshaber, Betriebsrat aus dem Karosseriebau, erklärt: »Für uns als Betriebsrat war es wichtig, dass wir auch in Zeiten von Industrie 4.0 Arbeitsplätze erhalten, die für Mitarbeiter machbar sind, die nicht umgeschult werden können, die nicht das Know-how haben, Elektroniker zu werden oder sich anderweitig fortzubilden. Das Unternehmen hätte natürlich auch das gern automatisiert.«

Die restlichen Beschäftigten, deren Tätigkeitsfelder sich ändern oder wegfallen, werden in andere Bereiche versetzt und

entsprechend qualifiziert. Dazu hat der Betriebsrat in Zwickau mit dem Unternehmen verschiedene Qualifizierungsmaßnahmen erarbeitet und abgestimmt. So wurden 150 Beschäftigte über 18 Wochen zu Elektrofachkräften geschult. 50 haben bis zu 24-monatige Expertenschulungen zum Thema Elektrik/Elektronik erhalten. Und die rund 200 Anlagenfahrer, die perspektivisch zusätzlich im Werk zum Einsatz kommen sollen, werden über mehrere Wochen bis zu Monaten geschult. Neben den fachspezifischen Qualifizierungsmaßnahmen wurden noch jede Menge Produktschulungen für die einzelnen Fertigungsbereiche organisiert.

Für die 28 Kolleginnen und Kollegen, die keinen branchentypischen Facharbeiterabschluss haben, wurde darüber hinaus in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit eine Maßnahme begonnen.

Dass der VW-Konzern gerade Zwickau zum Vorreiter der Elektromobilität auserkoren hat, ist trotz Qualifizierungsmaßnahmen nicht bei jedem Mitarbeiter und jeder Mitarbeiterin gut angekommen. »Durch den Umbau werden Teams auseinandergerissen, die bereits seit vielen Jahren gut zusammenarbeiten«, weiß Brüshaber. Auch sei es ein Problem, wenn Beschäftigte vor dem Umbau auf eine Beförderung hinarbeiteten und diese nun nicht bekommen können, da jemand anderes dafür qualifiziert werde, weil dessen ursprüngliche Stelle wegfällt, erklärt der Betriebsrat, der selbst noch am Trabant gelernt hat. Das erzeuge natürlich Unmut. Brüshaber und Betriebsratskollegin Anding verwenden deswegen viel Energie darauf, die Einschnitte für die Beschäftigten so gering wie möglich zu halten.

Bedenken Um die Belegschaft in Zwickau generell für das Thema Elektromobilität zu sensibilisieren, rief der Betriebsrat gemeinsam mit dem Unternehmen die Change Convention ins Leben. Das ist eine Tagesveranstaltung, bei der die Beschäftigten sich mit den neuen Komponenten wie den Batterien vertraut machen und gemeinsam über das Thema Elektromobilität diskutieren können. Bis Ende des Jahres wird die gesamte Belegschaft die Gelegenheit dazu gehabt haben. Eine Aktion, die bei der Belegschaft gut ankommt, berichtet Anding. Sobald das Thema Elektromobilität greifbar werde, könnten sich die Beschäftigten besser darauf einlassen.

Auch auf den Betriebsversammlungen hat der Betriebsrat das Thema Elektromobilität daher immer wieder auf die Agenda gesetzt. Hierzu lud er Experten ein, die mit Mythen über die Elektromobilität aufräumen konnten.

Dennoch gibt es bei der Belegschaft an einer Stelle noch große Bedenken: bei der Ladeinfrastruktur. Hier fordert der Zwickauer Betriebsrat zusammen mit der IG Metall die Politik auf, die nötigen Investitionen in die Infrastruktur endlich zu tätigen. Betriebsrätin Anding betont: »Wenn wir alles umstellen, um klimafreundliche Autos zu bauen, dann muss die Politik auch ihren Beitrag leisten.«

Weitere Fotos und auch Videos unter:
▶ metallzeitung.de

Der Umbau zum E-Mobilität-Standort und die zunehmende Automatisierung ändern die Arbeitsrealität der Beschäftigten.

Betriebsrat Dietmar Brüshaber kämpft für die Mitarbeiter, die nicht umgeschult werden können.

Beschäftigungsgarantie bis 2029: Mandy Anding und ihre BR-Kolleginnen und -kollegen aus Zwickau und Wolfsburg konnten das durchsetzen.

Fotos: Richard Lehmann/Stormheads Businessfotografie

Foto: Frank Rumpenhorst

Tjark Menssen
ist Jurist bei der DGB Rechtsschutz GmbH.

Lange Sperrzeit unwirksam

RECHT SO Nimmt ein Erwerbsloser ein Jobangebot nicht an, kann das Arbeitsamt eine Sperrzeit für das Arbeitslosengeld verhängen. Das Bundessozialgericht hat die Rechtsfolgenbelehrung der Arbeitsagenturen zu Jobangeboten sowie Eingliederungsmaßnahmen und verhängte Sperrzeiten von mehr als drei Wochen für unwirksam erklärt. Tjark Menssen erläutert, was Betroffene tun können, die länger als drei Wochen gesperrt waren und daher kein Arbeitslosengeld erhalten haben.

Bezieher von Arbeitslosengeld, die eine von der Arbeitsagentur angebotene zumutbare Stelle ohne wichtigen Grund nicht annehmen, riskieren in der Regel eine dreiwöchige Sperrzeit. Gleiches gilt, wenn Erwerbslose eine zumutbare Bildungsmaßnahme ablehnen oder abbrechen. Beim zweiten und dritten Regelverstoß können weitere sechs oder zwölf Wochen Sperrzeit drohen. Wenn die Arbeitsagenturen Versicherten konkrete Stellenangebote machen, enthalten die Schreiben immer eine Rechtsfolgenbelehrung. Diese wiederholen in etwa den Wortlaut des Gesetzes und teilen mit, was für den Fall der Arbeitsablehnung droht.

Das Bundessozialgericht (BSG) hat nun entschieden, dass viele Sperrzeitenbescheide, die die Bundesagenturen für Arbeit (BA) wegen der Ablehnung von zumutbaren Stellen beziehungsweise von Bildungsmaßnahmen oder deren Abbruch verhängt haben, wegen unkorrekter Rechtsfolgenbelehrungen rechtswidrig sind. Der Grund: Die von der BA verwendete Rechtsfolgenbelehrung war den Richtern nicht konkret genug. Einheitliche Rechtsfolgenbelehrungen, die auf sämtliche möglichen Sperrzeitformen bei einem wiederholten versicherungswidrigen Verhalten hinweisen und damit lediglich den Gesetzestext wiederholen, sind keine wirksamen Rechtsfolgenbelehrungen für Sperrzeiten mit einer Dauer von sechs oder zwölf Wochen. Mit den Grundsätzen einer individuellen Vermittlung ist verbunden, dass hinsichtlich der leistungsrechtlichen Konsequenzen im konkreten Fall belehrt werden muss. Gegenüber der bisherigen generellen Praxis der BA haben die Richter damit erhöhte Anforderungen an die Rechtsfolgenbelehrung für solche Sperrzeiten formuliert, die länger als drei Wochen dauern.

Ebenfalls in Abweichung von der bisherigen Praxis der Arbeitsverwaltung entschied das BSG, dass die besonderen Rechtsfolgen einer zweiten und dritten Sperre mit einer Dauer von sechs und zwölf Wochen nur eintreten können, wenn das vorangegangene versicherungswidrige Verhalten durch einen Verwaltungsakt umgesetzt worden ist. Das heißt, es muss für jede Sperrzeit ein gesonderter Bescheid ergangen sein.

Sperrzeit? IG Metall berät Weil das BSG die Rechtsbelehrungen für rechtsunwirksam erklärt hat, können ehemals Erwerbslose auch rechtskräftig gewordene Bescheide der BA aus den Jahren seit 2015 anfechten. Dazu muss beim Arbeitsamt ein Überprüfungsantrag mit Verweis auf Paragraf 44 Sozialgesetzbuch X gestellt und beantragt werden, die fehlerhafte Entscheidung zu ändern. Betroffene Metallerinnen und Metaller können sich bei ihrer IG Metall sozialrechtlich beraten lassen.

▶ **Bundessozialgericht vom 27. Juni 2019 – B 11 AL 14/18 R und B 11 AL 17/18 R**

Fachliche Weisung der BA

Die Bundesagentur für Arbeit hat mit Weisung 201907016 am 16. Juli 2019 bis auf Weiteres angeordnet, dass Erwerbslose auch beim zweiten und dritten versicherungswidrigen Verhalten jeweils nur drei Wochen zu sperren sind.

▶ **arbeitsagentur.de/veroeffentlichungen/weisungen**

Alles, was Recht ist

EINKOMMENSTEUER

Unbelegte Brötchen mit einem Heißgetränk sind kein Frühstück

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat entschieden, dass unbelegte Backwaren mit einem Heißgetränk kein Frühstück im lohnsteuerrechtlichen Sinne sind. Im Streitfall hatte der Arbeitgeber seinen Arbeitnehmern unbelegte Backwaren wie Brötchen und Rosinenbrot sowie Heißgetränke zum sofortigen Verzehr im Betrieb kostenlos bereitgestellt. Das Finanzamt sah dies als ein Frühstück an, das mit den amtlichen Sachbezugswerten zu versteuern sei. Dem folgte der BFH nicht. Arbeitslohn liege grundsätzlich vor, wenn der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer eine Mahlzeit, wie ein Frühstück, Mittagessen oder Abendessen, unentgeltlich oder verbilligt reiche. Davon abzugrenzen seien nicht steuerbare Aufmerksamkeiten, die lediglich der Ausgestaltung des Arbeitsplatzes und der Schaffung günstiger betrieblicher Arbeitsbedingungen dienten und denen daher keine Entlohnungsfunktion zukomme. Der BFH teilt auch nicht die Auffassung des Finanzamts, dass wegen veränderter Essgewohnheiten schon ein Kaffee (to go) und ein unterwegs verzehrtes unbelegtes Brötchen als Frühstück angesehen werden könne. Selbst für ein einfaches Frühstück müsse jedenfalls noch ein Aufstrich oder ein Belag hinzutreten.

Bundesfinanzhof vom 3. Juli 2019 – VI R 36/17

Anzeige

MetallRente

ARBEITSKRAFTABSICHERUNG,
DIE ZU DEINEM LEBEN PASST

UNSERE ANGEBOTE FÜR DICH!

Berufsunfähigkeitsschutz *MR.BU*
Wir bieten dir eine bedarfsgerechte Absicherung des Einkommens aus deinem zuletzt ausgeübten Beruf.

Grundfähigkeitsabsicherung *MR.Vital*
MR.Vital schützt dich bei Verlust von bis zu 22 Grundfähigkeiten (z. B. Gehen, Stehen oder Hören).

Erwerbsminderungsschutz *MR.EMI*
Unsere Erwerbsminderungsrente ergänzt die gesetzlichen Leistungen, falls für dich durch Krankheit oder Unfall eine Tätigkeit am Arbeitsmarkt nicht mehr möglich ist.

Die MetallRente Vorsorgeangebote zur Arbeitskraftabsicherung helfen dir bei der notwendigen Ergänzung der gesetzlichen Leistungen und bieten wirksamen Schutz. Und jeder bekommt von uns Großkundenkonditionen – egal, ob du in einem kleinen oder großen Unternehmen arbeitest.
Das gilt nicht nur für die betriebliche Altersversorgung mit MetallRente, sondern auch für alle unsere Angebote zum finanziellen Schutz der Arbeitskraft.

BEISPIEL

Tarif*	Mechatroniker	Fahrzeuglackierer
MR.BU	61 EUR	98 EUR
MR.Vital	58 EUR	58 EUR
MR.EMI	40 EUR	40 EUR

*Eintrittsalter 30, Endalter 65 Jahre, 1000 Euro versicherte Rente, monatl. Zahlbeitrag (gerundet)

MEHR INFOS:

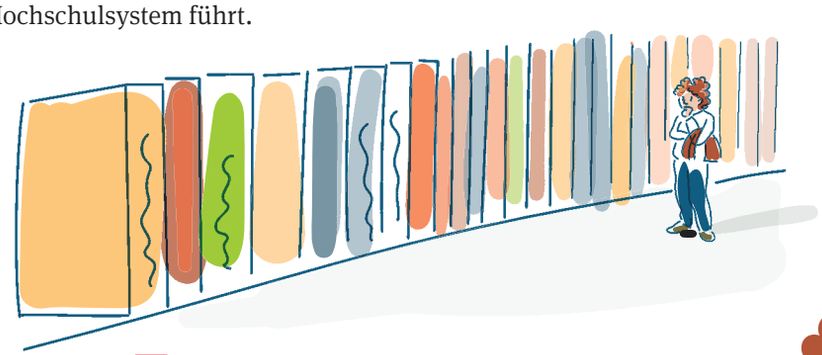
Lass dich beraten: service@metallrente.de
Rechne selbst: metallrente.de/AKS

Von der Fertigung in den Hörsaal

STUDIUM OHNE ABITUR Der Weg in die Hörsäle steht auch beruflich Qualifizierten offen. Allerdings variieren die Zulassungsvoraussetzungen je nach Bundesland. Wir geben Tipps, wie der Einstieg ins Studium ohne Abitur gelingt und wo es Unterstützung gibt.

Von Jens Knüttel
Illustrationen: Stephanie Brittnacher

Qualifizierung Was heute noch den Anforderungen am eigenen Arbeitsplatz genügt, kann in wenigen Monaten oder Jahren schon nicht mehr reichen. Diese Erkenntnis ist bei vielen Beschäftigten der Ausgangspunkt für den Wunsch nach (mehr) Weiterbildung. Denn sie wissen: Fortwährende Qualifizierung wird immer wichtiger und ist ein entscheidender Schlüssel, um mit dem technologischen und digitalen Wandel Schritt halten zu können. Eine Möglichkeit, sich fortzubilden, liegt im Studium. Die IG Metall fordert, die Rahmenbedingungen für Berufserfahrene zu verbessern, damit der sogenannte dritte Bildungsweg auch konsequent beschritten werden kann und zu mehr sozialer Durchlässigkeit zwischen Berufsbildungs- und Hochschulsystem führt.



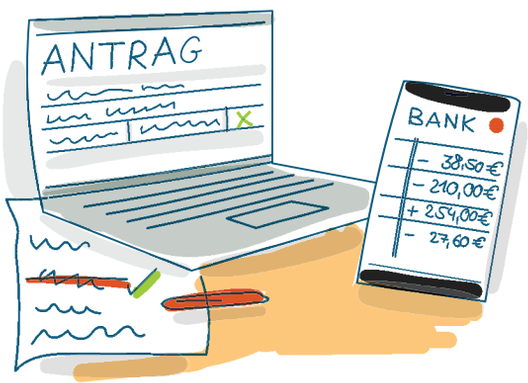
Zulassungsvoraussetzungen Über 8000 der rund 19 000 Studiengänge an deutschen Hochschulen lassen sich laut Centrum für Hochschulentwicklung auch ohne Abitur oder Fachabitur belegen. Je nach Regelung des Bundeslandes genügen eine Ausbildung und/oder mehrjährige Berufserfahrung, um ein Studium im eigenen Fachgebiet zu beginnen. Meister, Techniker und Fachwirte können unter bestimmten Voraussetzungen direkt in ein Studium einsteigen und das Fach frei wählen. Der Start ins Studium ist entweder sofort möglich oder nach einem Beratungsgespräch beziehungsweise einer Zulassungsprüfung. In einigen Bundesländern gibt es die Möglichkeit eines Probestudiums. Wer also ein Studium plant, sollte sich über die Regelungen in den Bundesländern informieren. Wir haben auf ▶ **igmetall.de** eine Übersicht zusammengestellt. Weitere Infos gibt es unter: ▶ **studieren-ohne-abitur.de**

Beratungsangebot In einigen Bundesländern ist ein Beratungsgespräch Pflicht, um ein Studium ohne Abitur beginnen zu können. Ausreichende Informationen sind für die Studieninteressenten wichtig, um nicht mit völlig falschen Erwartungen an die Uni zu gehen und womöglich nach kurzer Zeit das Studium hinzuwerfen. Daher empfiehlt es sich vorab, das Beratungsangebot und mögliche Schnuppertage der Hochschulen wahrzunehmen – auch wenn dies keine Zugangsvoraussetzungen sind.

Bildungsteilzeit Mitglieder der IG Metall haben in der Metall- und Elektroindustrie Anspruch darauf, sich bis zu sieben Jahre lang weiterzubilden oder zu studieren. Das ist in Teilzeit neben der Arbeit möglich. Beschäftigte können für die Weiterbildung auch ganz aus dem Betrieb herausgehen, wobei der Betrieb ihnen schriftlich zusagt, dass sie danach wieder eingestellt werden. Wer fünf Jahre im Betrieb ist, kann Bildungsteilzeit beim Arbeitgeber beantragen. Dann haben Beschäftigte auch die nötige Berufserfahrung nach der Ausbildung gesammelt, um sich fortzubilden oder ohne Abitur zu studieren.

Unterstützung im Betrieb In der Praxis bekommen Berufstätige vielerorts Unterstützung bei ihrem Wunsch, ohne Abitur an eine Universität oder Hochschule zu gehen. Fragt bei Eurem Betriebsrat oder der Jugend- und Auszubildendenvertretung nach, ob und welche Möglichkeiten es bei Euch im Betrieb gibt. Bestehen entsprechende Modelle im Unternehmen, können auf diese Weise gezielt Talente aus den eigenen Reihen gefördert werden. Das erleichtert auch nach einem Studium die Rückkehr in den Betrieb, weil dann oft ein Plan besteht, wo und wie der Weiterbildungswillige am sinnvollsten wieder eingesetzt wird. Im besten Fall profitieren beide, Mitarbeiter und Chef.

Erfolgsaussichten Ist der Schritt ins Studium mal getan, stehen viele vor der Herausforderung, auch zielstrebig zu bleiben. Studium, Familie und vielleicht auch noch eine Beschäftigung miteinander vereinbaren? Das kann entbehrungsreich sein. Doch es lohnt sich und der Einsatz trägt Früchte: Studierende ohne Abitur sind ähnlich erfolgreich wie Kommilitonen mit, wie eine Studie des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) zeigt. Demnach gleichen sich die Noten spätestens im dritten Semester an, zum Examen gibt es kaum noch Unterschiede. Studierende ohne Abitur haben vor allem in der Anfangsphase des Studiums ein höheres Abbruchrisiko als Studierende mit Allgemeiner Hochschulreife oder Fachhochschulreife. Je länger sich beruflich qualifizierte Studierende jedoch im Studium befinden, desto weniger unterscheiden sie sich von traditionellen Studierenden.



Finanzierung Beruflich Qualifizierte, die es in die Hörsäle zieht, stehen vor der Frage, wie sie ihr Voll- oder Teilzeitstudium finanzieren können. Anspruch auf BAföG haben sie – es gilt aber, die Altersgrenzen zu beachten. Denn wer Unterstützung für ein Bachelor-Studium haben will, darf nicht älter als 30 sein. Beim Master liegt die Grenze bei 35. Ausnahmegenehmigungen für beruflich Qualifizierte sind allerdings möglich.
▶ bafög.de
Eine weitere Option liegt im Aufstiegsstipendium. Es richtet sich vor allem an Interessenten, die ihre Hochschulzugangsberechtigung durch die Anerkennung einer besonderen fachlichen Begabung oder eine berufliche Fortbildung (Meister, Techniker oder vergleichbare Abschlüsse) erworben haben.
▶ sbb-stipendien.de
Interessant ist ein Stipendium von Stiftungen. Bei der Hans-Böckler-Stiftung zum Beispiel können sich gewerkschaftlich und sozial Engagierte mit guten Leistungen bewerben:
▶ boeckler.de

Vorbereitung Schaffe ich das überhaupt? Liegen die Schulkenntnisse nicht zu lange zurück? Mit solchen Fragen setzen sich beruflich Qualifizierte häufig auseinander, wenn es sie an die Hochschule zieht. Für sie gibt es aber Unterstützung durch Vorbereitungskurse an der Hochschule. Ein solches Angebot besteht meist in Fächern wie Mathematik oder Physik, in denen die Studienabbrecherquoten hoch sind. Einfach vor Ort nachfragen und dann Kurse belegen.

Höhere Zuschüsse für Lehrgangsgebühren

Weiterbildungswillige könnten bald mehr Geld erhalten: Das Bundeskabinett hat sich für eine Reform des BAföG ausgesprochen. Die Reform sieht für Menschen, die sich etwa zum Meister oder Fachwirt weiterbilden wollen, künftig höhere Zuschüsse für die Lehrgangs- und Prüfungsgebühren vor. Wer eine Weiterbildung in Vollzeit macht und über wenig Einkommen und Vermögen verfügt, erhält demnach deutlich mehr Geld vom Staat für die Lebenshaltungskosten. Zudem soll Aufstiegs-BAföG für bis zu drei Fortbildungsmaßnahmen bezogen werden können. Bislang ist das nur für eine solche Maßnahme möglich. Der Gesetzentwurf muss noch Bundestag und Bundesrat passieren. Die Neuregelungen sollen ab dem 1. August 2020 gelten. Mehr unter:
aufstiegs-bafoeg.de

Sonderurlaub für die Bildung beantragen

Wer sich weiterbilden und etwas für sich oder seine Karriere tun möchte, kann dafür Sonderurlaub beantragen. Außer in Bayern und Sachsen steht jedem Beschäftigten Bildungsurlaub zu. In den entsprechenden Gesetzen der Bundesländer ist festgelegt, wie viele Tage sich Beschäftigte freistellen lassen können. Auch die IG Metall bietet zahlreiche anerkannte Seminare an, an denen Mitglieder kostenlos teilnehmen können. Der Ratgeber Bildungsurlaub gibt Tipps für einen reibungslosen Ablauf der bezahlten Lernzeit:
igmetall.de
→Suche: Ratgeber Bildungsurlaub

Beruf mit Goldschnitt

RAUMAUSSTATTER Der abwechslungsreiche Beruf des Raumausstatters eignet sich für kreative Allrounder mit Freude an einem vielseitigen Handwerk und dem Umgang mit unterschiedlichen Materialien. Die Wiedereinführung der Meisterpflicht wird die Attraktivität des Berufs steigern.

Von Martina Helmerich

Es ist ein Beruf, der viele Sinne anspricht. Raumausstatterinnen und Raumausstatter gestalten Räume und Polstermöbel mit textilen Materialien. Sie kümmern sich um Böden, Wände und Fenster. In der Ausbildung lernen Raumausstatter, Farben, Formen und Materialien stimmig zu verbinden. Sie bekleiden Wände und Decken, fertigen und montieren Raumdekorationen, verlegen Bodenbeläge und beziehen Polstermöbel.

»Der Reiz dieses Berufs liegt im Umgang mit ganz unterschiedlichen Materialien und deren Gestaltungsmöglichkeiten«, sagt die Berufsschullehrerin Gunda Schmulder, die an der Frankfurter Gutenbergschule unterrichtet. Gefragt sind Praktiker, die ein Gesamtkonzept von der Beratung über die Planung handwerklich präzise umsetzen können. Raumausstatter gestalten Privathäuser, Wohnungen, Geschäftsräume, Theater und Gaststätten. »Sonnenschutz spielt eine zunehmend wichtige Rolle und verlangt profunde Kenntnisse. Gleiches gilt für die Raumakustik und die Smart-Home-Technologie«, sagt Schmulder.

Raumausstatter ist ein anerkannter Ausbildungsberuf nach der Handwerksordnung und die Ausbildung dauert drei Jahre. Sie wird mit vier Schwerpunkten angeboten: Boden, Polstern, Raumdekoration sowie Licht-, Sicht- und Sonnenschutzanlagen, außerdem Wand- und Deckendekoration. Die Ausbildung findet im Meisterbetrieb und in der Berufsschule statt. In überbetrieblichen Lehrgängen wird die fachpraktische Ausbildung vertieft.

Große Bandbreite Im ersten Ausbildungsjahr geht es darum, Flächen und Räumen zu gestalten und Objekte herzu-

Startschuss im House of Labour: Der Neubau ist eine besondere Stätte der akademischen Weiterbildung.

Foto: Valeriy_G/iStck

Nach oben sind alle Wege offen: Raumausstatter können nach der Ausbildung ihren Meisterbrief erwerben oder an der Uni studieren.

stellen. Im zweiten Ausbildungsjahr wird das Verarbeiten von nicht textilen Bodenbelägen vermittelt. Es geht um Polsterungen, das Herstellen und Montieren von Fenster- und Raumdekorationen sowie um das Gestalten von Wand- und Deckenflächen. Im dritten Jahr lernen die Auszubildenden das Verarbeiten von textilen Bodenbelägen, das Instandsetzen von Polstermöbeln, das Montieren von Licht-, Sicht- und Sonnenschutzanlagen sowie das Bespannen von Wand- und Deckenflächen. Technisches Zeichnen gehört dazu, um Räume perspektivisch darstellen zu können. Technische Mathematik beinhaltet unter anderem den Goldenen Schnitt und Bedarfsrechnungen für den günstigsten Verschnitt. Beschäftigungsmöglichkeiten gibt es im Handwerk, Handel oder in der Industrie. Nach der Ausbildung kann man sich spezialisieren und weiterbilden. Möglich ist neben der Meisterprüfung ein Studium der Fächer Innenarchitektur oder Design mit Bachelorabschluss.

Zurück zum Meisterbrief

Die IG Metall und der Verband der Raumausstatter wollen die Wiedereinführung der Meisterpflicht für den Raumausstatter: ▶ **igmetall.de/Handwerk**

House of Labour in Frankfurt eingeweiht

Der Neubau des House of Labour in Frankfurt ist offiziell eröffnet. Die Einrichtung der DGB-Gewerkschaften bietet Beschäftigten akademische Weiterbildung. In dem fünfstöckigen Gebäude, am Rande des Campus Westend der Frankfurter Goethe-Universität gelegen, sind die Europäische Akademie der Arbeit (EAdA) und die Academy of Labour unter einem Dach vereint. Im Mittelpunkt von Lehre und Forschung steht eine arbeitnehmerorientierte Perspektive. An der Europäischen Akademie der Arbeit können Studierende etwa einen elfmonatigen Vollzeitkurs auf dem Gebiet der Arbeitsbeziehungen belegen. Das Studium kann dann an der Academy of Labour fortgesetzt werden. Weitere Informationen zum Studienangebot unter: ▶ **house-of-labour.de**

Foto: Frank Rumpenhorst

Arbeit, Qualifizierung und Spracherwerb

INTEGRATION Geflüchtete können in Deutschland vom betrieblichen Integrationsjahr profitieren.

Kommt die betriebliche Integration von Geflüchteten in Deutschland voran?
PETRA WLECKLIK: Ja. Wenn wir uns die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit ansehen, wird klar: Die Beschäftigungsquote von Menschen aus den Hauptasylherkunftsländern steigt. Bisher auf mittlerweile knapp 400 000 Menschen.

Was leistet das von der IG Metall 2016 initiierte betriebliche Integrationsjahr?
WLECKLIK: Es verbindet Arbeit, Qualifizierung und Spracherwerb und unterstützt Geflüchtete durch berufliche Eingliederung dabei, Fuß zu fassen. Das betriebliche Integrationsjahr wird von der Bundesagentur für Arbeit gefördert und trägt zur positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt bei.

Wo gibt es noch Beratung?
WLECKLIK: Im Netzwerk »Integration und Qualifizierung« gibt es eine neue Beratungsstruktur mit dem Namen »Faire Integration«. Die 16 Beratungsstellen in den Bundesländern und die drei Beratungsstellen des DGB-Bildungswerks BUND mit dem Titel »Support Faire Integration« bieten Geflüchteten Rat bei arbeits- und sozialrechtlichen Fragen.

Foto: Christian v. Polentz

Petra Wlecklik leitet das Ressort Migration und Teilhabe beim IG Metall-Vorstand.

Karikatur: André Poloczek

SUDOKU

	8	2		6	5			II
3	VIII		8	4		9	7	
6				VII		2		5
7	6	8		5		3		
	1						9	IX
I		9	V	7		5	6	1
1		3						2
III	4	6		2	3		VI	9
			9	1	IV	4	3	

Sudoku: raetselstunde.com

2 =	I
3 =	T
1 =	E
8 =	U
7 =	N
6 =	D
9 =	R
5 =	E
4 =	S

Die Lösungszahlen, in den markierten Feldern als Buchstaben in die entsprechenden Kästchen eingetragen, ergeben den gesuchten Begriff.

Lösungswort

I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX

Die Preise im November

Erster Preis:
eine Schmutzfangmatte »Respekt!«

Zweiter Preis:
ein schwarzes T-Shirt »Respekt!«

Dritter Preis:
eine IG Metall-Basecap

Einsenden*

Schicke die Lösung mit Vor-, Nachnamen und Adresse bis 19. November 2019 per Post an: Redaktion metallzeitung, Preisrätsel, 60244 Frankfurt am Main. Oder per E-Mail an:
raetsel@igmetall.de

*Maschinell erstellte Lösungszuschriften sind von der Teilnahme ausgeschlossen.

SERVICE

Hier kannst Du Dich registrieren

Auf der Website der IG Metall sind Broschüren, Flyer und Serviceangebote erst einsehbar, wenn Du Dich online registriert hast. Deinen persönlichen Zugang kannst Du hier einrichten:
igmetall.de/anmelden

Infos für Eltern zum Kinderzuschlag

Seit dem 1. Juli gelten neue Regeln beim Kinderzuschlag (KiZ). Ein Flyer des DGB erklärt, für wen es sich lohnt, KiZ zu beantragen.
dgb.de/-/ZIL

Deine Geschäftsstelle

Du hast Fragen zur Mitgliedschaft? Dann kontaktiere Deine IG Metall-Geschäftsstelle. Die Kontaktdaten findest Du hier:
igmetall.de/vor-ort

Hier wirst Du Mitglied

Hier kannst Du Mitglied werden:
igmetall.de/beitreten

Lesertelefon

0800 446 38 25

Fragen zu unseren Berichten in der metallzeitung beantworten wir montags bis donnerstags von 9 bis 16 und freitags von 9 bis 13 Uhr (gebührenfreie Rufnummer), Fax: 069 66 93-20 02.
metallzeitung@igmetall.de

Leserbriefe

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Mitglieder zu Wort kommen zu lassen. Es ist leider nicht möglich, alle Zuschriften abzudrucken.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Jörg Hofmann,
Christiane Benner,
Jürgen Kerner

Beauftragte der Herausgeber:
Silke Ernst (verantw. i. S. d. P.)

Anschrift:
Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79,
60329 Frankfurt am Main

Chef vom Dienst:
Artur Siemens

Redaktion:
Simon Che Berberich,
Christoph Böckmann, Jan Chaberny,
Dirk Erb, Martina Helmerich,
Jens Knüttel, Antonela Pelivan

Art-Direktion:
Gudrun Wichelhaus-Decher

Bildredaktion:
Michael Schinke

Sekretariat:
Beate Albrecht

metallzeitung.de

Angebot für Sehbehinderte:
metallzeitung gibt es auch als PDF oder Word-Datei:
metallzeitung@igmetall.de

Vertrieb:
Thomas Köhler
Telefon: 069 66 93-22 24
Fax: 069 66 93-25 38
vertrieb@igmetall.de

Anzeigen:
Petra Wedel, Zweiplus Medienagentur,
Pallaswiesenstraße 109,
64293 Darmstadt
info@zweiplus.de

Druckvorstufe: datagraphis GmbH

Druck und Versand:
Dierichs Druck+Media GmbH & Co. KG

Papier: metallzeitung erscheint zehn Mal im Jahr. Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier, auf dem **metallzeitung** gedruckt wird, besteht zu 70 Prozent aus Altpapier und zu 30 Prozent aus Holz, das aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung in Süddeutschland und der Schweiz stammt.